

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Derzeitige Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Bestellung durch die Weisen 2,20 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Steuer. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 50 Pfennig. Einjahresabonnement 5 RM. und unregelmäßige Beiträge werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Durch Fernschreiben sind Abbestellungen bis zum 1. März möglich. Jeder Abbestellung ist ein Brief beizufügen, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Postträger in Konkurs gerät. Einzelnummern werden durch die Geschäftsstellen abgegeben.

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Kolumnelle 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 201. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amstblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 29. August 1927

## Mittelstand und Wirtschaft.

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Deutsche Wirtschaftspartei war in diesen Tagen in Hamburg zu ihrem Parteitag versammelt. Auf Grund des Berichtes des Reichstagsabgeordneten Mollath über Mittelstand und Volkswirtschaft beschäftigte sich dieser Parteitag auch mit Fragen der Außenpolitik und nahm dabei eine Entschließung an, in der die Reichsregierung empfohlen wird, in der Außenpolitik eine größere Zurückhaltung als bisher zu üben und keine weiteren Versuche zu unternehmen, durch neue Opfer, durch neue Zugeständnisse bei den Gegnern etwas zu erreichen. Die Enttäuschung des deutschen Volkes ist, so heißt es in der Entschließung weiter, in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Regierung den Wert ihrer Verständigungsbemühungen weit überschätzt hat. Eine wirkliche Verständigung werde erst dann erreicht werden, wenn bei der Gegenseite das Vertrauen des deutschen Volkes nach voller Souveränität, nach voller Freiheit seines Gebietes und nach Befreiung von den unerträglichen Wirtschaftslasten anerkannt werde. Nicht nur Deutschland, Europa brauche den Frieden, aber den ehrlichen Frieden im Sinne der Gleichberechtigung aller seiner Völker. Das deutsche Volk wolle diesen Frieden, aber es fordere, um ihn zu erreichen, die Freiheit, die ihm vorenthalten wird.

Der Abgeordnete Mollath hatte in einer Rede den Friedensvertrag von 1919 ein Schriftstück genannt, das mit rücksichtsloser Gewalt in organisatorische und wirtschaftliche Zusammenhänge eingreife. Man kann das nicht zurückweisen, wenn man sieht, wie durch die Teilung Oberschlesiens und durch die Schaffung des politischen Korridors ganze Wirtschaftszonen zerrissen sind und nun beide Teile darunter zu leiden haben. Unter einer solchen Wirtschaftszerrissenheit leiden besonders hart der Mittelstand, das Handwerk und auch die Landwirtschaft. Das die Reichsregierung auf politischem Gebiet noch weitere Zugeständnisse machen dürfte, als sie in den Locarnoverträgen und den Thoiryabmachungen vorgesehen sind, ist kaum anzunehmen. In diesem Sinne haben sich auch der Außenminister und der Reichskanzler beim Reichstage gegeneinander ausgesprochen. Sie haben auch schwerlich Angriffe von der Bevölkerung des Rheinlandes zu befürchten, wenn die Lösung der Rheinlandfrage infolge Widerstandes der Reichsregierung gegenüber neuen gegnerischen Zumutungen sich noch länger hinziehen sollte. Die Rheinländer haben sich ja erst kürzlich selbst in einer energischen Entschließung dagegen gewandt, daß das Reich irgendwie neue drückende Bedingungen annehme. Sie wollten dann lieber die Lasten der Besatzung bis zu Ende, das heißt bis zum Jahre 1935, tragen.

In der nächsten Zeit stehen eine ganze Reihe von Handelsverträgen zur Verhandlung. Einige sind schon abgeschlossen, über andere wird noch verhandelt. So mag in Kreisen des Mittelstandes die Befürchtung aufkommen, daß hier, um politische Entgegenkommen zu finden, die Reichsregierung wirtschaftliche Interessen und vor allem solche des Mittelstandes preisgeben werde. Zu erinnern ist hier an das Unbehagen der rheinischen Weinbauern über den deutsch-französischen Handelsvertrag wegen der Frankreich zugestandenen Weineinfuhr. Dieses Unbehagen ist der heftigsten Regierung so bedeutend zu sein, daß sie, trotzdem sie die deutsch-französische Annäherung begrüßt, gegen den Vertrag im Reichstag stimmen zu müssen glaubt. Das zeigt, daß der Mittelstand nicht so einflußlos ist, wie er manchmal selbst anzunehmen scheint. Dafür sorgt schon die Wirtschaftsbewegung selbst, die in der letzten Zeit an Kraft gewann. Immer mehr drängt sich die Bedeutung der Wirtschaftfragen in den Vordergrund. Ein großer Teil der Wählerschaft zeigt durch sein Verhalten deutlich, wie sehr es mit dem bisherigen Parteileben bei uns nicht mehr zufrieden ist. Die Parteien müssen einsehen, daß die Zukunft den Wirtschaftfragen gehört. In diese Erkenntnis erst einmal Allgemeinheit geworden, dann dürften es nicht nur die Parteien, sondern auch die Völker untereinander vermeiden, aus politischen Gründen wirtschaftspolitische Dummheiten zu begehen.

### Närritt des Justiz- und Kultusministers von Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin. Der demokratische mecklenburgisch-schwerinsche Justiz- und Kultusminister Dr. Müller hat dem Gesamtministerium offiziell seinen Närritt erklärt. Bekanntlich wurde in der letzten Landtagsession mit 26 gegen 24 Stimmen dem Minister das Mißtrauen ausgesprochen. Die Neuwahl findet am 30. August statt.

### Große Ueberflutung bei Friedland.

Friedland. Infolge der ununterbrochenen Regenfälle haben die ganzen Grasflächen und Wiesen bei Friedland auf beiden Seiten der Kleinbahnstrecke unter Wasser. Die Feuerente ist wohl zum weitaus größten Teil vernichtet. Wenn die Niederschläge andauern, ist auch die Bahnstrecke durch Unterspülung bedroht. Auf der Bröhmermühle steht das Wasser bereits so hoch, daß es in die Wohnungen und Ställe eindringt. Katastrophale Verheerungen haben die Regenmassen im Dorfe Schönfeld angerichtet. Die Grenzbrücke zwischen Schönfeld und Käthe ist vollständig eingestürzt. Eine Brücke im Dorfe ist von den Fluten fortgerissen worden.

## Von Amerika nach England und nach München weiter

### Amerikanischer Atlantikflug geglückt. Der „Stolz von Detroit“ in England gelandet.

Sonntag morgen ungefähr 7 Uhr überstieg das vor Harbour Grace (Neufundland) mit den amerikanischen Piloten Brock und Schlee nach England abgegangene Flugzeug „Stolz von Detroit“ die Hafenstadt Plymouth an der Südwestküste Englands am Kanal La Manche, Plymouth also gelungen. Sie landeten um 10.33 mittlereuropäischer Zeit glücklich im Flughafen Craydon in südöstlichen England, von einer zahlreichen Menge begeistert empfangen. Der Weiterflug nach Stuttgart erfolgt, sobald die Flieger sich von der Ozeanüberquerung genügend erholt haben.

Der Pilot Schäfer und der Detroitler Kaufmann Wood die zu ihrem Englandstuge in Windsor (Ontario) erst bei günstigerer Wetterlage starten wollten, sind Sonntagabend ebenfalls abgestiegen, als sie hörten, daß der „Stolz von Detroit“ sich bereits auf dem Flug nach England befand. Über der Insel Valentia (Südwestküste von Irland) will in 1000 Fuß Höhe ein Dampfer einen Eindecker in Flug in südwestlicher Richtung bemerkt haben.

### Der Weiterflug nach München.

Cruiden, 29. August. Die Flieger Schlee und Brock sind mit ihrem Eindecker „Stolz von Detroit“ von Cruiden zu ihrer 2. Etappe nach München gestartet. Im Flugzeugen hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, die den Fliegern Glück wünschten. Die Flieger freuten einige Male über dem Flughafen und flogen nach östlicher Richtung davon.

### Englische Kabinettspaltung wegen der Rheinlandfrage.

Cecil gegen das Besatzungsheer.

Die größte Überraschung in dem schleppenden Gang der Verhandlungen zwischen England und Frankreich brachte zum Wochenschluß die aus London kommende Kunde vom Rücktrittsgesuch des als Hauptvertreter Englands im Bölkerbunde bisher tätig gewesenen Lord Robert Cecil, der als Kanzler des Herzogtums Lancaster dem britischen Ministerkabinett angehört. Nach Frankreichs Vertreter Douvenet würde damit auch Großbritannien erster Sprecher aus dem Bölkerbunde ausscheiden. Welche Wirkung das auf die bevorstehende Tagung des Bölkerbundes in Genf ausüben würde, läßt sich noch nicht übersehen.

Man spricht offen von einer zutage getretenen Spannung zwischen Cecil, dem Ministerpräsidenten Baldwin und dem Außenminister Chamberlain.

### Robert Cecil's Gründe.

Es heißt, Lord Cecil habe wahrscheinlich dem Premierminister noch kein formelles Rücktrittsschreiben überreicht, aber mündlich seiner Absicht, zurückzutreten, Ausdruck gegeben. Sein Rücktritt sei noch nicht angenommen worden, weil Cecil's Absicht erst in der letzten Kabinettsitzung bekanntgeworden und in ihn gedrungen worden sei, es sich noch einmal zu überlegen, bevor er den zweiten

Schritt unternehme. Die Differenzen sollen bereits auf der letzten Flottenabrüstungskonferenz entstanden sein. Es sei auch nicht unwahrscheinlich, daß Lord Cecil sich im Gegensatz zu der Regierungshaltung in der Frage der Verminderung der Rheinlandtruppen befindet. Chamberlain und das Kabinett hätten in der Vergangenheit ein gewisses Entgegenkommen gegenüber dem französischen Standpunkt gezeigt, das Cecil verändert habe. Cecil erklärte der Presse, er wolle die Tatsache seines Rücktritts weder bestätigen noch ableugnen.

Das Blatt „Daily Express“ sagt, die Krise sei entstanden wegen der Frage der Verminderung der Rheinlandtruppen. Cecil habe den Standpunkt vertreten, die Vergrößerung der französischen Regierung, ihre Truppen um mehr als 5500 Mann zu verringern, sei ein Verbrechen gegen den Geist von Locarno. Cecil gehe noch weiter und erkläre, daß überhaupt kein Besatzungsheer bestehen dürfe, da die französische Sicherheit durch Locarno und das gesamte britische Heer gewährleistet sei.

Jedenfalls sei Cecil nicht einverstanden mit der aus Paris gemeldeten Absicht, die Besatzung im Rheinlande in ungenügender Weise zu verringern.

### Einigung über das Rheinland.

Noch immer 60 000 Mann.

Die britische Note zur Frage der Besatzungsverminderung ist bekanntlich in Paris überreicht worden. Das französische amtliche Nachrichtenbureau meldet darüber, die englische Note behandle zwei Fragen, die noch unerledigt geblieben waren, diejenige der Gesamtschutzverbände der Besatzungstruppen und diejenige ihrer Verteilung. Die erste Frage kann jetzt bereits als gelöst angesehen werden. Eine Gesamtschutzorganisation sei festgesetzt worden. Man glaube zu wissen, daß die Ziffer, auf die sich zu einigen die beiden Regierungen im Begriffe seien, eine Kompromißlösung zwischen dem ursprünglichen englischen und dem französischen Standpunkt darstelle.

Weitere Nachrichten betreffen, man dürfe auf eine Herabsetzung in Stärke von etwa 8–10 000 Mann rechnen, so daß im ganzen statt 70 000 Mann 60 000 im Rheinlande verbleiben würden. Nach dem „Echo de Paris“ sollen die drei Armeen im Verhältnis zu der Zahl ihrer Truppen die 10 000 Mann unter sich aufteilen. Frankreich soll etwa 7000 Mann zurückziehen, England etwa 1800 und Belgien den Rest. Die Zahl der im Rheinland verbleibenden französischen Besatzungstruppen würde demnach auf 48 000 Mann sinken.

In London soll man befriedigt sein von der Einigung, da nimmere die Gewähr dafür gegeben scheint, mit einer festen Abmachung nach Genf zu kommen. Was die materielle Basis anbelangt, so würde man in weiten Kreisen Londons eine weitergehende Verminderung der Rheinlandbesatzungstruppen vorgezogen haben, ist aber der Auffassung, daß mit einer Herabsetzung auf 60 000 Mann immerhin über den ursprünglichen französischen Plan hinausgegangen wird.

### Es bleibt bei 60 000 Mann.

Der Kompromiß über die Rheinlandbesatzung.

Die französische Antwort auf die letzte britische Note ist, wie amtlich in Paris und London bekanntgegeben wird, im Londoner Auswärtigen Amt eingetroffen. Die französische Regierung nimmt den letzten englischen Vorschlag an, die Ziffer der im Rheinland befindlichen Truppen auf insgesamt 60 000 Mann durch entsprechend anteilige Verringerung zu vermindern. Frankreich wird seine Bestände um 8000, England und Belgien um je 1000 Mann verringern. In London erklärt man sich sehr befriedigt darüber, daß zwischen den Ministern eine Einigung zustande kam, zumal England und Frankreich nicht geggeret haben, ihre ursprünglichen Anschauungen zu ändern, um zu dieser Übereinstimmung zu kommen.

Sobiel man im englischen Außenministerium angibt würde sich Lord Cecil am 30. August nach Genf begeben. Lord Cecil's Sekretär erklärte auf eine Frage nach Lord Cecil's Rücktritt: Nichts ist bisher endgültig, die Frage ist vollkommen in der Schwebe. Wahrscheinlich werden in den nächsten Tagen endgültige Nachrichten verfügbar sein.

### Wolfschäfer Hoesch bei Briand.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, hatte eine neue Unterredung mit dem Außenminister Briand, in der allgemeine Fragen der deutsch-französischen Politik erörtert wurden. Der Botschafter brachte bei dieser Gelegenheit Briand die Befriedigung zum Ausdruck, die die deutsche Regierung trotz der bedauerlichen Richterfällung einiger ihrer Forderungen über den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages empfinde. Briand sprach in üblicher Weise die Genugtuung der französischen Regierung über den erfolgten Abschluß aus.



Lord Robert Cecil.